



HateAid gGmbH – Factsheet

Wir helfen Menschen bei digitalem Hass

Wer wir sind

- Wir sind eine **unabhängige** und **überparteiliche gemeinnützige** Organisation, die Betroffenen von digitaler Gewalt hilft.
- HateAid wurde im **Dezember 2018** von Campact e.V. und Fearless Democracy e.V. initiiert.
- **Anna-Lena von Hodenberg** ist seit Dezember 2018 Gründungsgeschäftsführerin.
- HateAid besteht aus 32 Mitarbeiter*innen und 2 Honorarkräften.

Unsere Mission

Digitale Gewalt ist eine **Gefahr für unsere Demokratie**. Durch Hassattacken werden Menschen gezielt aus den Debatten im Netz herausgedrängt. Viele trauen sich nicht mehr, ihre Meinung zu äußern aus **Angst vor Hass und Hetze**. Die Betroffenen werden oft allein gelassen, Täter*innen selten zur Verantwortung gezogen. Das wollen wir ändern: Wir begleiten Betroffene durch die Extremsituation und unterstützen sie dabei **gegen die Täter*innen vorzugehen**. Wenn nötig auch vor Gericht.

Unser Beratungsangebot

Emotional stabilisierende Erstberatung (ESB)

Wir führen Erst- und Folgegespräche und klären die weiteren Bedarfe der Betroffenen ab. In akuten Fällen verweisen wir weiter an spezialisierte Psycholog*innen.

Sicherheitsberatung

Wir helfen dabei, Profile und Konten so sicher wie möglich zu machen. Bei bereits gehackten Konten leisten wir mit IT-Spezialist*innen Akuthilfe. Wir helfen bei der Löschung von Beiträgen auf den Social-Media-Plattformen.

Kommunikationsberatung

Wir entwickeln mit Betroffenen individuell auf ihre Bedürfnisse angepasste Kommunikationsstrategien.



Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung

Wir unterstützen Betroffene zusammen mit Jurist*innen bei der Rechtsdurchsetzung: z.B. durch das Sichern von Beweismaterial und der Finanzierung von zivilrechtlichen Prozessen.

Wie setzen wir rechtliche Ansprüche für Betroffene durch?

Wir arbeiten mit spezialisierten Jurist*innen zusammen. Ist der*die Täter*in nicht bekannt stellt eine Kanzlei **Strafanzeige** und **Strafantrag**. Die Behörden versuchen dann die Täter*innen zu ermitteln. Eine weitere Möglichkeit zur Täter*innenermittlung sind gerichtliche **Auskunftsanfragen an die Social-Media-Plattformen**. Diese Anfragen werden auch oft erst vor Gericht geklärt.

Bei Beleidigungen, Drohungen, und Verleumdungen unterstützen wir auf dem **zivilrechtlichen Weg**. Falls notwendig trägt HateAid das Kostenrisiko für eine Zivilklage über den HateAid Prozessfinanzierungsfonds vollständig.

Unser Ziel: eine **Unterlassungserklärung**, in der die Täter*innen garantieren, dass sie den **Hass löschen** und nicht weiterverbreiten sowie **Schadensersatz** in Form einer Geldentschädigung.

Unsere Innovation:

- Eine **zentrale Beratungsstelle**, spezialisiert auf digitale Gewalt.
- HateAid begleitet Betroffene durch den gesamten Prozess der Rechtsdurchsetzung und finanziert Zivilklagen.
- HateAid berät **akut und präventiv** zur Sicherung der eigenen Daten zum Schutz der Persönlichkeit und Privatsphäre im Netz.

Wir gehen davon aus, dass durch die **konsequente Strafverfolgung** potenzielle (Wiederholungs-) **Täter*innen** abgeschreckt werden und damit die Zahl der Hate-Speech-Vorfälle und insbesondere die Zahl der Wiederholungstäter*innen abnimmt (analog „Broken Web Phänomen“). Langfristig nehmen (rechtswidrige) Hassposts ab.



Machen wir Profit?

Nein. Wir helfen Betroffenen konkret bei der Finanzierung ihrer Prozesse, so dass sie kein Kostenrisiko haben. So haben sie die Möglichkeit, Gerechtigkeit zu erfahren. **Finanziell profitieren wir davon direkt nicht**, sondern Betroffene unterstützen sich gegenseitig.

Denn alle **Schadensersatzansprüche**, die für die Betroffenen dank unserer Hilfe erstritten werden, spenden sie an uns zurück und wir können davon direkt weitere Prozesse finanzieren. Das ist das **Solidarprinzip**: Wer gegen den Hass, der ihr*ihm im Netz passiert mit uns erfolgreich vorgeht, der hilft anderen Betroffenen sich auch zu wehren.

Wie finanzieren wir uns?

Die Betroffenenberatung und die Aufklärungsarbeit werden **durch Spenden** von Privatpersonen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen finanziert.

Der **Prozessfinanzierungsfonds** zur Rechtsdurchsetzung finanziert sich langfristig **solidarisch** aus den eingeklagten Schmerzensgeldern und wird am Anfang durch Stiftungen und private Geldgeber*innen unterstützt.

Unsere Erfolge

Seit Gründung haben wir **802 Betroffene** von digitaler Gewalt mit über **1148 Vorfällen** betreut. Es wurden über 400 **justiziable Fälle** erfasst. Bisher wurden **mehr als 400 Strafanzeigen und Strafanträge**, sowie **67 Abmahnungen** gestellt. Zudem wurden bisher Geldentschädigungen in Höhe von **19954,43 Euro** erstritten.

Wir haben **6 Positionspapiere** veröffentlicht: ein Initiativpositionspapier und zwei ausführliche Kommentare zum „Referentenentwurf des BMJV zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“ und zum „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität“ gemeinsam mit dem Verein ichbinhier und einem Verbund aus weiteren NGOs. Vertreter*innen von HateAid waren **drei Mal in Sitzungen des Bundestages als Sachverständige eingeladen**, sowie zu verschiedenen politischen Gesprächen mit **Justizsenator/minister*innen der Länder und des Bundes, dem Bundespräsidenten, und Mitgliedern verschiedener Parteien auf Landes- und Bundesebene.**